

II-1969 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 97115

1981-02-11

A n f r a g e

der Abgeordneten Blecha, Marsch
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend der Vornahme einer Hausdurchsuchung in der
Privatwohnung von Herrn Ing. Erich Dorn, auf Antrag des
ÖVP-Abgeordneten Bergmann, vertreten durch den ÖVP-Anwalt
Dr. Graff.

Am Dienstag, den 3. 2. 1981 fand in der Privatwohnung des
Mitarbeiters des SPÖ-Zentralsekretariates, Ing. Erich Dorn,
auf Antrag des ÖVP-Abgeordneten Kurt Bergmann, vertreten
durch den ÖVP-Anwalt Dr. Graff, eine Hausdurchsuchung statt,
bei der nach Manuskripten von längst gesendeten Rundfunk-
belangsendungen der SPÖ gesucht wurde. In der Begründung
für die Hausdurchsuchung heißt es lapidar, daß sie "zwecks
Sicherung der Manuskripte, Tonbänder und Tonaufzeichnungen
der Sendung" durchgeführt werde.

Ein derart schwerer Eingriff in die persönlichen Rechte
eines Einzelnen erscheint den unterzeichneten Abgeordneten
wegen eines Privatanklagedeliktcs problematisch, und zeigt
deutlich, wie wenig in der Praxis von allen Bekenntnissen
der ÖVP zu liberalen Grundsätzen zu halten ist. Im gegen-
ständlichen Fall aber wurden offensichtlich die Justizbe-
hörden von den Herren Bergmann und Graff für ein
schikanöses Vorgehen mißbraucht, weil der ORF laut
Rundfunkgesetz verpflichtet ist, Tonaufnahmen gesendeter
Rundfunksendungen zehn Wochen lang aufzubewahren.

-2-

Die Vorgangsweise der Herren Bergmann und Graff reiht sich daher nahtlos an eine Reihe von Aktionen aus der jüngsten Vergangenheit, die eine Vergiftung des politischen Klimas in Österreich zum Ziele hatten; in diesem Zusammenhang muss z.B. daran erinnert werden, dass erst vor kurzem Visitenkarten von Bürgermeister Gratz gefälscht wurden, um mit diesen gefälschten Visitenkarten eine ÖVP-Broschüre gegen Dr. Androsch zu versenden.

Im vorliegenden Fall ist noch besonders aufklärungsbedürftig, wieso die Tageszeitung "Kurier" bereits Tage vor der tatsächlichen Unterzeichnung des Hausdurchsuchungsbefehles über die Hausdurchsuchung berichten konnte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e n :

1. Welche gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen ermöglichen es, im Zusammenhang mit einem presserechtlichen Verfahren wie dem gegenständlichen, eine Hausdurchsuchung durchzuführen ?
2. Halten Sie eine Änderung des Rechtszustandes, wonach Hausdurchsuchungen bei Angestellten, die Medienbeiträge produzieren, auf Grund eines Privatdeliktes möglich sind, für notwendig ?
3. Wieso konnte in der Tageszeitung "Kurier" bereits am 31.1.1981 über den Beschluss einer Hausdurchsuchung in der Privatwohnung des Ing. Erich Dorn berichtet werden (wobei die erwähnte Zeitung sich auf einen Hausdurchsuchungsbefehl mit der angeblichen handschriftlichen Notiz "29.1.1981, 17.30 Uhr" beruft), obwohl der unterzeichnete Hausdurchsuchungsbefehl mit der Nr. 24d Vr 821/81, 24d Vr 1103/81 am 2.2.1981 ausgestellt und die Hausdurchsuchung schliesslich am 3.2. durchgeführt wurde ?

der 23. Oktober 1931, 495 Tage ist es her, dass Brück und der Abgeordnete Bergmann 10 Millionen Schilling von Bela Albert Fabelbauer bekommen haben."

Guten Abend. Heute im Donnerstag, der 27. Oktober 1931, 493 Tage ist es her, dass Brück und der Abgeordnete Bergmann 10 Millionen Schilling von Bela Albert Fabelbauer bekommen haben."

Gutes Abend. Heute im Donnerstag, der 29. Oktober 1931, 491 Tage ist es her, dass Brück und der Abgeordnete Bergmann 10 Millionen Schilling von Bela Albert Fabelbauer bekommen haben."

Der Privatankläger bestritt die Falschheit der Veruntreuung wegen § 111 (2) StGB gegen Ing. Erich Lora, Hans Lora und Erika Vidl als Verantwortliche bzw. Verlester der betreffenden Belangsendung und Falschschreibung wie in Spruch angeführt zwecks Sicherung der Manuskripte, Textblätter und Tonaufzeichnungen der Sendung.

Es besteht der Verdacht, dass sich die Manuskripte der inkriminierten NSG-Belangsendungen in der Wohnung des Ing. Erich Lora in 1160 Wien, Am Christen Gasse 2, Etage 6, und die gesendeten Textblätter auf und Tonaufzeichnungen in den Räumen des Caf in 1136 Wien, Würzburggasse 30, befinden.

Die Verfolgungsanträge sind rechtsseitig, die Aktivlegitimation des Privatanklägers ist aufgrund seiner gesetzlich anerkannten Meinung gegeben. Da die betreffenden Textblätter geeignet sind, zum Vergleichen in einer für einen Dritten wahrnehmbaren Weise eines Verbrechens oder gegen die guten Sitten verstoßenden Verhaltens zu befechtigen, das geeignet ist, beim der öffentlichen Meinung vorstellbar zu werden und herabzusetzen, war die Veruntreuung strafbar und die

beim 1. Oktober 1931
www.parlament.gv.at